Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 24 (2004)

Heft: 46

Artikel: Die Re-Formierung des Geschlechterverhältnisses : Neoliberalismus und die Regulierung des Sozialen

Autor: Brodie, Janine

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-651628

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Janine Brodie

Die Re-Formierung des Geschlechterverhältnisses

Neoliberalismus und die Regulierung des Sozialen

Seit beinahe einer Generation wird der Sozialstaat in den meisten entwikkelten kapitalistischen Ländern zunehmend durch Sparpolitik und Restrukturierungen umgestaltet. Die Reformen des Sozialstaates werden mit unterschiedlicher Dringlichkeit und in unterschiedlichem Ausmass durchgeführt; sie reichen von gezielten Anpassungen von Finanzierung, Struktur und Leistung der Sozialdienste bis hin zu grundlegenden Verschiebungen in der Logik überhaupt von Sozialstaatlichkeit. Diese Verschiebungen beinhalten sowohl die Neudefinition dessen, was soziale Probleme sind, als auch die Neuverteilung der Zuständigkeit für menschliche Bedürfnisse zwischen öffentlicher und privater Sphäre sowie zwischen Staat, Markt, Familie und andersweitig bestimmten Gemeinschaften. In manchen Ländern umfasst dieser Prozess auch politische Experimente, die darauf abzielen, Geschlechtsidentitäten und Geschlechterrollen zu re-formieren und die hauptsächliche Verantwortung für die soziale Reproduktion vom Staat auf die Individuen und die Familie abzuwälzen.

Der Angriff auf die Logik und die Institutionen des Nachkriegs-Wohlfahrtstaates wurde in den letzten Jahrzehnten am intensivsten in den liberalen anglo-amerikanischen Ländern geführt, die die Grundsätze des Neoliberalismus übernommen haben. Die neoliberale Kritik am Sozialstaat und deren unerschütterlicher Glaube an marktkonforme Lösungen sozialer Probleme hat in Kontinentaleuropa nicht den selben fruchtbaren Boden gefunden. Nichtsdestotrotz scheinen gegenwärtig alle westlichen Regierungen von der Notwendigkeit überzeugt zu sein, das Prinzip der sozialen Wohlfahrt zu überdenken. Sie behaupten, dass die soziale Übereinkunft, die nach dem 2. Weltkrieg und damit vor über 50 Jahren zwischen westlichen Regierungen und BürgerInnen getroffen wurde, den gegenwärtigen wirtschaftlichen, politischen und demografischen Realitäten nicht mehr adäquat ist. Zunehmend scheint Einigkeit darüber zu bestehen, dass sich sowohl die politische Ökonomie wie die persönlichen und sozialen Risiken, denen sich BürgerInnen am Anfang des 21. Jahrhunderts gegenübersehen, qualitativ von denen der unmittelbaren Nachkriegszeit unterscheiden, weshalb entsprechende Umwandlungen der Institutionen und Politiken der dominierenden sozialstaatlichen Regimes gefragt seien.

Gosta Esping-Anderson, ein anerkannter Experte der Sozialpolitik, stellt fest, dass Perioden grundsätzlicher Umwälzungen in der Geschichte des Sozialstaates selten seien. Tatsächlich hat es erst zweimal paradigmatische Wechsel in der Logik und den Institutionen der modernen Sozialstaatlichkeit gegeben – in den letzten Dekaden des 19. Jahrhunderts und in der Zeit um den 2. Weltkrieg. Beide Epochen waren zumÙchst durch heftige ideologische Kämpfe um miteinander rivalisierende Visionen einer „guten

Gesellschaft" gekennzeichnet; daran schloss sich ein Prozess der Konsensbildung über ein spezifisches Modell der sozialen Versorgung an, der schliesslich in eine lange Konsolidierungsphasen mündete, in welcher die sozialen Ziele in politische Instrumente umgesetzt wurden (Esping-Anderson 2002, 1f.). Er hätte hinzufügen können, dass diese seltenen Momente epochaler Neudefinition von einem ausgeprägten geschlechtlichen Subtext getragen waren, in welchem sich eine neue Geschlechterordnung und ein neues Gleichgewicht zwischen den Anforderungen der wirtschaftlichen Produktion und der sozialen Reproduktion nicht nur widerspiegelten, sondern auch durchsetzten.

Der vorliegende Beitrag zeichnet, wenn auch nur schematisch, einige durchaus paradoxe Verschiebungen im Geschlechterverhältnis während der gegenwärtigen Phase sozialpolitischer Experimente und Restrukturierungen nach. Heute existiert insbesondere in Nordamerika eine umfangreiche Literatur über die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Sozialstaatsreformen der beiden vorangehenden Dekaden. Diese stellen die zunehmende Feminisierung der Armut und die Zunahme der Armut unter bestimmten Gruppen wie alleinerziehende Mütter und ethnische Minderheiten heraus. Statt mich auf die unmittelbaren, materiellen Auswirkungen der sozialstaatlichen Restrukturierungen auf Frauen zu konzentrieren, gilt mein vorrangiges Interesse den normativen und diskursiven Darstellungen von Geschlechterrollen und Geschlechterordnungen, die den gegenwärtigen sozialstaatlichen Reformen zugrundeliegen, insbesondere in jenen Ländern, die neoliberale Strategien übernommen haben.

Diese Konzentration auf Repräsentationen versteht den Begriff „Reform" in zweierlei Hinsicht: Erstens „Reform" im Sinne einer Strategie, Fehler oder Missbräuche zu verbessern respektive abzuschaffen; und zweitens „Re-Form" als konstitutiver Prozess, der unterschiedliche Identitäten, Beziehungen und Erfahrungen formt. Ich behaupte, dass den gegenwärtigen Diskursen und Praktiken ein Subtext unterliegt, der gleichzeitig auf die Auslöschung der und die Neu-Einsetzung von Frauen als hauptsächliches Subjekt sozialstaatlicher Reformen abzielt. Die Versuche, Geschlechterrollen und die Geschlechterordnung durch sozialpolitische Reformen neu zu gestalten, sind bisher experimentell und widersprüchlich geblieben. Politische Entscheidungsträger müssen erst noch ein nachhaltiges sozialpolitisches Regime entwickeln, das erfolgreich zwischen den Risiken des gegenwärtigen Arbeitsmarkts und den weiterhin bestehenden Erfordernissen sozialer Reproduktion vermittelt. Die unzähligen sozialstaatlichen Reformen, die im letzten Jahrzehnt durchgeführt wurden, scheinen weniger eine Lösung für ein dramatisch verändertes politisches Umfeld als ein Anzeichen für eine anhaltende Krise der Regulierung des Sozialen zu sein (Hay 1998, 530).

Sozialstaats-Reformen

Obwohl die Beweggründe variieren, gibt es einen wachsenden Konsens zwischen politischen EntscheidungsträgerInnen und AktivistInnen, dass der Sozialstaat der Nachkriegszeit nicht mehr aufrecht zu erhalten, ineffizient und überholt sei. Oft wird die wirtschaftliche Globalisierung, in all ihren Auswirkungen, für diese epochale Verschiebung verantwortlich gemacht. Wirtschaftliche Globalisierung habe, so wird angeführt, den Industriesektor, der den Motor des Nachkriegs-Konsenses bildete, in Niedriglohn-Länder verschoben, was in den westlichen Ländern eine Wissens- und Dienstleistungs-Ökonomie zurückgelassen habe, die durch grosse Einkommensungleichheit, hartnäckige Arbeitslosenquoten und zunehmende soziale Ausschliessung gekennzeichnet sei. Wirtschaftliche Globalisierung habe die Nationalstaaten angeblich auch gezwungen, auf globalem Niveau um Kapital zu konkurrenzieren und ihre Rechtsprechung aggressiv zugunsten eines „positiven Investitionsklimas" für die Unternehmen umzubauen.

Umfassende Veränderungen der Sozialstruktur, gewöhnlich als Postindustrialismus oder Postfordismus beschrieben, werden ebenfalls als treibende Kräfte für eine Reform des Sozialstaats genannt. Neuartige Arbeitsverhältnisse, doppelverdienende Ehepaare, neue Familienformen und deutlich veränderte Lebensverläufe sowohl innerhalb wie zwischen den Generationen lassen die Logik und die Programme des herkömmlichen Sozialstaats als den sozialen Erfordernissen und Risiken unangemessen erscheinen.

Sowohl Konservative wie Progressive argumentieren in ihrer Forderung nach Sozialstaatsreformen mit der Erodierung der Geschlechterordnung der Nachkriegszeit, die in Konflikt mit den weiterbestehenden Anforderungen sozialer Reproduktion stünde. Der bekannte Konservative Francis Fukuyama zum Beispiel sieht in den veränderten Geschlechterrollen die hauptsächliche Ursache für den Zerfall der Sozialordnung in Amerika. In seinem Buch *The Great Disruption* behauptet er, dass „die einschneidensten Verschiebungen in den sozialen Normvorstellungen, die für den grossen Umbruch verantwortlich sind, die Reproduktion, die Familie und die Geschlechterbeziehung betreffen.„ (Fukuyama 2000, 36) In Übereinstimmung mit zentralen Anliegen der US-amerikanischen Konservativen ist Fukuyama überzeugt, dass der einzige Weg, diesen grossen Umbruch des sozialen Gefüges rückgängig zu machen, darin bestehe, die von Männern angeführte Kernfamilie und verantwortliche Gemeinschaften wieder herzustellen. Vor einem ganz anderen geopolitischen und diskursiven Hintergrund kommt der progressive Europäer Esping-Anderson zu einer ähnlichen Diagnose, verschreibt aber ganz andere politische Rezepte. Er geht davon aus, dass die westlichen Demokratien sich gegenwärtig „in mitten einer Revolution des demografischen und familiären Verhaltens befinden, verursacht durch das Bedürfnis von Frauen nach persönliche Unabhängigkeit und einer nicht durch Familienarbeit unterbrochenen Berufslaufbahn." (Esping-Anderson 2003, 2) Im Zentrum seines Entwurfes eines neuen Sozialstaates steht die

Aushandlung eines „neuen Geschlechtervertrags", der es Frauen ermöglichen würde, die Erfordernisse der Erwerbsarbeit und die vielfältigen und geschlechtlich codierten Anforderungen sozialer Reproduktion miteinander zu verbinden (ebd., 2003, 68-95).

Die wichtigsten dieser geschlechtlich codierter Anforderungen sind die biologische Reproduktion, die Reproduktion der Arbeitskraft, Versorgungsarbeit sowie Pflegeleistungen (Bakker and Gill 2003, 32f.). Soziale Reproduktion ist zutiefst eingelassen in und befestigt durch eine alles durchdringende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die von je her die schwere Last der reproduktiven und Pflege-Arbeit unbezahlter Frauenarbeit zugewiesen hat. Ebenso hat sie für Frauen wie Männer kulturell sanktionierte und sehr oft durch das Gesetz bekräftigte Geschlechterrollen und Subjektivitäten konstruiert. Die geschlechtsspezifische Teilung von Arbeit und Macht stehen im Zentrum aller Institutionen, da diese die verschiedenen Formen von Weiblichkeit und Männlichkeit sowohl vorgeben wie reproduzieren (Connell 1987). Obwohl diese Geschlechterrollen und -identitäten als natürlich und selbstverständlich dargestellt werden, unterliegen sie Perioden der Instabilität und Veränderung, die mit tiefgehenden wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen verknüpft sind. Insofern Sozialpolitiken die Widersprüche zwischen den Anforderungen wirtschaftlicher Produktion und sozialer Reproduktion verhandeln, sind sie ebenfalls massgeblich an der geschlechtlichen Codierung sozialer Formationen beteiligt, genauso wie an der Herausbildung von Strukturen, Praktiken, Symbolen und Normen, die Männlichkeit und Weiblichkeit ihre sowohl persönliche wie politische Bedeutung verleihen (Lewis 1992, Orloff 2003).

Die Polarisierung des Einkommens, die Feminisierung der Armut und abnehmende Geburtsraten liefern in den meisten westlichen Demokratien eindrückliche Belege dafür, dass zeitgenössische sozialpolitische Regimes nicht mehr in der Lage sind, Individuen und Familien angemessen zu versorgen. Nichtsdestotrotz erfordern die eben erwähnten Ursachen der Sozialstaatsreformen eine einschränkende Bemerkung: Die spezifische Form und Ausprägung von Sozialpolitik sind nicht ausschliesslich, ja, nicht einmal vorwiegend bestimmt durch Veränderungen in den ihr zugrundeliegenden wirtschaftlichen und sozialen Strukturen. Phänomene, die als soziale Probleme wahrgenommen sowie als sozialpolitischen Interventionenen zugänglich erachtet werden, werden dies immer aufgrund spezifischer Vorstellungen über Räume, Personen, Probleme und Gegenstandbereiche, die es zu regulieren gilt (Rose 1999, 26). Anders gesagt, die Identifizierung einiger bestimmter (und nicht anderer) grundlegender Veränderungen in der Sozialstruktur als „soziale Probleme", die Zuweisung von Verantwortlichkeiten und die eingeschlagenen Verbesserungsstrategien sind alle grundlegend beeinflusst durch die vorherrschende Philosophie des Regierens (*philosophy of governance*), die jeweils von einer nationalen Regierung befolgt wird. Alle Handlungen und Nicht-Handlungen vollziehen sich innerhalb einer bestimmten Philosophie des Regierens, die auf einem

eigenen Vokabular, ethischen Prinzipien und einem Konsens über die Natur, den Gegenstandsbereich und die Reichweite legitimer politischen Handlungen und kollektiver Autorität beruht (Brodie 1997). Philosophien des Regierens bestimmen das Feld und die Aktivitäten des Nationalstaates und formen unter anderem die Art und Weise, den Inhalt und die Verteilung öffentlicher Güter und Sozialpolitiken.

In unserem Zusammenhang am wichtigsten ist allerdings, dass alle Philosophien des Regierens auf ihren eigenen Konzepten und Bestimmungen dessen beruhen, wo die Grenzen zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten liegen und damit die Grenzen der Autonomie und Verantwortung von Staat, Markt und Zivilgesellschaft. Obwohl die Grenze zwischen Öffentlichem und Privatem in Diskursen des Regierens als selbstverständlich erscheint, sind diese Grenzziehungen insofern artifiziell, als der Staat selber ihre Errichtung und ihre Aufrechterhaltung garantiert. Durch Diskurse, Regulierungen und Praktiken schaffen die Staaten ein breit gefasstes Verständnis für die angemessenen Grenzen öffentlichen Regierens. Die Grenzziehung der öffentlichen Sphäre schafft umgekehrt das Private als ihr Anderes. Tatsächlich sind das Öffentliche und das Private unauflösbar aufeinander bezogen (Brodie 1997, Clarke 2004).

Diese scheinbar einsichtige und logische Dichotomie zwischen Öffentlichem und Privatem ist deshalb höchst mehrdeutig, durchlässig und historischen Veränderungen unterworfen. Wie John Clarke in seiner aufschlussreichen Analyse des öffentlichen Bereichs erklärt, ist die Bestimmung der Gegenstände und Tätigkeiten, welche in den Bereich des Privaten fallen (d.h. ausserhalb der offiziellen Zuständigkeit des Staates), komplex, und zwar wegen einer subtilen sprachlichen Unterscheidung zwischen dem ‚privaten Sektor' und der ‚privaten Sphäre'. Eine Verschiebung aus dem öffentlichen in den privaten Sektor scheint dabei eine Verschiebung von Aktivitäten und Ressourcen weg vom Staat hin zum Markt anzuzeigen und damit eine Verschiebung von der Logik des liberal-demokratischen Regierungsprinzips zu derjenigen des Marktprinzips. Im Gegensatz dazu zeigt eine Verschiebung von der öffentlichen zur privaten Sphäre an, dass wir eine Aktivität oder ein Objekt nicht länger als „Gegenstand des Regierungsgeschäfts" ansehen, sondern sie als eine natürliche und unmittelbare Angelegenheit von Individuen, Familien und Haushalten betrachten (Clarke 2004, 32f.). Folglich stellt Privatisierung zwei unterschiedliche, aber sehr oft miteinander verbundene Strategien des Regierens dar – entweder die Unterwerfung unter die Warenform (die Umwandlung öffentlicher Güter in private Güter, die käuflich erworben werden können) oder die Familiarisierung/Individualisierung (die Verschiebung von Verantwortung aus dem Öffentlichen und Kollektiven zur Familie und den Individuen) (Brodie 1997).

Die Bestimmung der angemessenen Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Sektor und öffentlicher und privater Sphäre ist zutiefst geschlechtlich codiert und beeinflusst die Regeln und Normen, die sowohl die wirtschaftliche Produktion wie die soziale Reproduktion strukturieren. Das

Setzen von Grenzen ist grundsätzlich ein Experiment des Regierens, das eine bestimmte Zeit lang eine nachhaltige Balance zwischen Produktion und Reproduktion zu erzielen vermag oder völlig missglücken kann, in diesem Fall mit schrecklichen Konsequenzen für die Schwächsten.

Geschlechterverhältnisse und Sozialstaat

Die Art und Weise, in der Frauen in die soziale Reproduktion eingebunden waren, hat sich mit verschiedenen Stadien der kapitalistischen Entwicklung, Philosophien des Regierens und nationalstaatlichen Formen verschoben. Die frühesten liberalen Regimes zum Beispiel basierten auf der illusionären Behauptung, dass der öffentliche Sektor, der Markt und die häusliche Sphäre unterschiedene und autonome Sphären seien, die jede von verschiedenen Regeln, Hierarchien und Verantwortlichkeiten bestimmt würden.

Die Entwicklung des Sozialstaats nach dem 2. Weltkrieg wurde in den westlichen Demokratien durch eine neue Philosophie des Regierens, eine Neuanordnung der Beziehung zwischen Produktion und Reproduktion und eine neue Geschlechterordnung befördert. Das neue Regime beinhaltete ein ständig steigendes Engagement des Staates sowohl im Bereich des Marktes wie im Bereich der sozialen Reproduktion.

Wenn die neuen sozialstaatlichen Politiken teilweise als Antwort auf das Versagen des Marktes entstanden, so beschäftigten sie sich auch mit dem, was Nancy Folbre (2001, 91) das „Versagen der Familie" nennt – Situationen, in denen sich die Netzwerke von Familie und Verwandtschaft als unfähig erwiesen, angemessene Sicherheit zu garantieren. Dieser Wohlfahrtsstaat beruhte auf einer Neukonfiguration der Geschlechterordnung, die sowohl die Beziehungen zwischen Produktion und Reproduktion als auch die zwischen Arbeitsplatz und Heim veränderte. Dieses Modell erzwang eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, bestehend aus einer stabilen Arbeiter-Kernfamilie mit männlichem Brotverdiener und einer abhängigen Hausfrau sowie Kindern, wobei die unbezahlte Hausarbeit der Frau das Ganze aufrechterhielt. Im Gegenzug dazu garantierte der Staat durch eine Steuerprogression, den Schutz kollektiver Lohnverhandlungen und sozialstaatliche Politiken ein ausreichendes Familieneinkommen.

Dieses auf dem männlichen Ernährerlohn basierende Modell sozialer Reproduktion geriet in den 1970er Jahren in eine grosse Krise und wurde seither immer weiter untergraben, so dass es heute die Realität der überwiegenden Mehrheit von Männern und Frauen in westlichen Demokratien kaum mehr adäquat abbildet. Ich kann an dieser Stelle nicht die zahlreichen und komplexen Faktoren nennen, die zur Erosion der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Nachkriegsordnung beigetragen haben. Es genügt zu sagen, dass die Herausforderungen der zweiten Frauenbewegung, grundsätzliche Umwandlungen in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt sowie die Übernahme markförmiger Führungsinstrumente auch in Regierungsapparaten, dass alle diese Elemente zusammen einen immensen Druck sowohl

auf die Sozialpolitik als auch auf die Prozesse sozialer Reproduktion ausübten. Was einige gegenwärtig als eine uns bevorstehende Krise der Nachhaltigkeit bezeichnen, wird am deutlichsten sichtbar in jenen Ländern, die neoliberale Praktiken übernommen (oder aufgezwungen bekommen) haben. Wie der zweite Teil dieses Beitrags zeigt, lassen die Erfordernisse der sozialen Reproduktion den Neoliberalismus als eine Philosophie des Regierens erscheinen, die „immer schon" in Krise ist.

Neoliberalismus und die Re-Form des Geschlechterverhältnisses

Obwohl der Neoliberalismus über das Geschlechterverhältnis und die soziale Reproduktion weitgehend schweigt, ist er eine von Grund auf geschlechtlich codierte Philosophie des Regierens, die die Geschlechterordnung sowohl im globalisierenden Norden wie im globalisierten Süden von Grund auf tangiert: Zwei Achsen der Veränderung sind besonders bedeutsam: Erstens die *gleichzeitige Erodierung und Intensivierung von Geschlecht*, und zweitens die gleichzeitige *Autotomie*[1] *und das Verantwortlichmachen von Individuen und Familien*.

Vor über einem Jahrzehnt hat Donna Haraway die gegenwärtigen Diskurse und Praktiken des Regierens dadurch charakterisiert, dass sie gleichzeitig auf eine Erodierung und Intensivierung von Geschlecht zielten, und zwar sowohl im wörtlichen wie im metaphorischen Sinn (Haraway 1991, 166). Die Erodierung von Geschlecht kann durchgängig in allen neoliberalen Politiken beobachtet werden, doch zwei Phänomene sind in unserem Zusammenhang besonders bedeutsam: Erstens die *Re-Formierung* an sich geschlechtlicher BürgerInnen als geschlechtslose und autonome Marktteilnehmer, und zweitens der Ausschluss der unbezahlten Arbeit, die im Bereich sozialer Reproduktion geleistet wird, aus allen Kalkulationen (Brodie 2003, Bakker 2003). Die neoliberale Sichtweise verschiebt unseren Fokus auf die soziale Reproduktion weg vom Nachkriegsmodell des männlichen Haupternährers hin zu einer Welt, die von geschlechtslosen Individuen bevölkert ist, Individuen, die ihre kalkulierten Eigeninteressen verfolgen, Wahlmöglichkeiten, insbesondere im Bereich des Konsums, als grundsätzliche Freiheit einfordern und – vor allem – autonom sind (Clarke 2004). Das Gespenst dieser fiktiven Individuen zeigt sich in sozialstaatlichen Reformen deutlich, und zwar in den „Aktivierungsprogrammen", die Sozialhilfe durch Arbeit ersetzen wollen (*welfare-to-work*): Diese auf Modellen der menschlichen Entwicklung basierenden Programme verfolgen das Ziel, EmpfängerInnen von Sozialleistungen auf den Arbeitsmarkt zurückzuführen, während sie gleichzeitig der unbezahlten Pflegearbeit in der privaten Sphäre kaum Wert beimessen.

Diese selektive Auswahl von Arbeit, die zählt oder nicht zählt, entspricht der neoliberalen Annahme, reproduktive Arbeit stelle nur eine Äusserlichkeit dar und sei jenseits der produktiven Ökonomie angesiedelt (Young 2003). Die Implementierung von Programmen in zahlreichen Bereichen der

Politik, welche Sozialleistungen durch Arbeitszwang ersetzen, fällt zusammen mit dem Verschwinden des Familienlohns, der Entstehung von doppelverdienenden Familien aus Not und als Norm sowie der Abschaffung zahlreicher Sozialprogramme, eingeschlossen die Mütterzulagen. In manchen Fällen sind diese durch Steuererleichterungen für Kinder und für arme Familien ersetzt worden (Harder 2003). Zunehmend sind arme Kinder ins Zentrum der Sozialpolitik gerückt, obwohl diese Kinder von armen Müttern versorgt werden, die oft als verantwortungslos und deshalb keiner Unterstützung würdig erachtet werden.

Die Aushöhlung dieses „maternalistischen" Ansatzes der sozialen Versorgung (Orloff 2001) zeigt sich wohl am deutlichsten in den USA, wo das Nachkriegsregime 1996 radikal verändert wurde. Die Clinton-Administration beendete das Programm zur Unterstützung von Familien mit abhängigen Kindern (AFDC), das 1935 als zentraler Pfeiler in der amerikanischen Architektur der sozialen Versorgung eingeführt worden war. Es berechtigte arme Kinder und Familien zu einer bescheidenen Sozialhilfe. AFDC wurde durch PRWORA (*Personal Responsibility and Work Opportunity Reconciliation Act*) ersetzt, der unter anderm ‚*welfare-to-work*' verfügt, staatliche Unterstützung auf fünf Jahre begrenzt und (im Ermessen der Bundesstaaten) eine Ausnahme dieser Begrenzung für Mütter mit jungen Kindern aufhebt. Alles in allem versucht PRWORA die Geschlechterordnung zu reformieren, indem den in hohem Masse geschlechtlich und ethnisch bestimmten Biografien der amerikanischen SozialleistungsbezügerInnen ein „maskulines Profil" (Esping-Anderson 2002, 70) übergestülpt wird. Es ist klar, dass die Aufhebung von Ausnahmen beim *Welfare-to-work*-Programm für Mütter mit kleinen Kindern der traditionellen Rolle von Mutter und Pflegerin wenig Wert beimisst. Die Eingliederung in den Arbeitsmarkt wird verfügt, auch wenn dadurch Kinder ohne genügende Versorgung bleiben (Goldberg 2002).

PRWORA und ähnliche Arbeitsvermittlungsprogramme beharren darauf, dass eine Beschäftigung ausserhalb des Heims mehr zur nachhaltigen sozialen Reproduktion beiträgt als Arbeit innerhalb des Heims. Dieser Ansatz beherrscht all jene zeitgenössischen Sozialstaatsreformen, die davon ausgehen, dass der Markt *im Gegensatz* zum Staat, der Familie oder der Gemeinschaft am meisten zur individuellen Wohlfahrt beiträgt (Jenson 2003). Hinter diesen Programmen steht die explizite Vorstellung, dass Frauen, die Sozialleistungen beziehen, vor allem alleinerziehende Mütter, nach Selbständigkeit streben und finanzielle Verantwortung für sich und ihre Kinder übernehmen sollten, um so den Zirkel der Abhängigkeit von Sozialleistungen zu durchbrechen, den sie angeblich selbst aufrechterhalten. Der Zwang, Mütter, die Sozialhilfe empfangen, in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wurde bisher allerdings nicht von entsprechenden Investitionen begleitet, die erschwingliche Tageshorte für Kinder oder andere Unterstützung für alleinerziehende Eltern bieten würden. Die USA haben noch immer keine Gesetzgebung, die Schwangerschafts- und Elternurlaub erlaubte, und viele arbeitende Mütter, seien sie Sozialleistungsbezügerinnen

oder nicht, können es sich nicht leisten, ihre Kinder in beaufsichtigte Kinderhorte zu geben. Konfrontiert mit diesem doppelten Mangel an erschwinglichen Kindertagesstätten und an Jobs für Empfängerinnen von Sozialleistungen, zahlen mittlerweile viele Bundesstaaten Sozialleistungsempfängerinnen dafür, dass sie in ihrem eigenen Heim auf andere Kinder aufpassen und so ihre Arbeitsverpflichtung erfüllen. Diese Bedingungen haben die paradoxe, als „Kindertausch" bekannte Praxis geschaffen, dass Sozialleistungsbezügerinnen gegenseitig auf ihre Kinder aufpassen, um sich für die Sozialhilfe zu qualifizieren.

Geschlecht als organisierendes Prinzip der Sozialpolitik ist auf diese Weise rasch verschwunden, was es Frauen zunehmend schwieriger macht, als Gruppe kollektive Ansprüche an den Staat in bezug auf Gleichheit, Ressourcen oder Sicherheit zu stellen (Brodie 1995). Paradoxerweise hat allerdings die Bedeutung des Geschlechts im Alltag der meisten Frauen an Gewicht gewonnen, insbesondere der armen und ausgegrenzten. Die Intensivierung von Geschlechterrollen lässt sich vielfach beobachten, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, wo Frauen (und zunehmend junge Frauen) weiterhin in die Domäne stereotyper Frauenjobs verwiesen sind, die durch tiefere Löhne, weniger Zusatzleistungen, Teilzeit und unsichere Anstellungsbedingungen charakterisiert sind. Wie eine Studie von 2004 belegt, verdienen Frauen auch in typischen Frauenberufen wie Krankenpflege oder Unterrichtswesen immer noch weniger als ihre männlichen Kollegen (Canadian Press 2004). Nichtsdestoweniger ist die Durchschnittsfamilie mittlerweile auf zwei LohnbezügerInnen angewiesen, um überhaupt überleben zu können. Allerdings und paradoxerweise bleibt die Verantwortung für die unbezahlte Reproduktionsarbeit zuhause weiterhin vorrangig den Frauen überlassen. Diese Doppelbelastung wird zusätzlich noch dadurch verstärkt, dass der Staat immer mehr Fürsorgepflichten aus der öffentlichen in die privare Sphäre abschiebt. Infolge der schwindenden öffentlichen Unterstützung für Menschen mit speziellen Bedürfnissen, für Alte und Pflegebedürftige, sind Frauen gezwungen, immer mehr Aufgaben auf sich zu nehmen (Bakker 2003). Der angeblich geschlechtsunspezifische Individualismus auf dem Arbeitsmarkt findet keine Entsprechung im privaten Bereich, wo hinsichtlich der unbezahlten Pflegearbeit nach wie vor eine klare geschlechtsspezifische Arbeitsteilung herrscht.

Das Geschlecht hat auch hinsichtlich Armut und Sozialhilfe an Brisanz gewonnen: Die gegenwärtige Periode ist sowohl durch die Feminisierung der Armut wie eine Intensivierung der Armut unter Frauen, insbesondere alleinerziehenden Müttern, gekennzeichnet. In den USA sind beispielsweise mehr als 90 Prozent all derjenigen, die Sozialhilfe beziehen, Frauen, und bei 92 Prozent aller Familien mit Sozialleistungen ist kein Vater vorhanden (Tanner 2002, 7). Armut wird deshalb zunehmend als „Frauenproblem" wahrgenommen und mit andern kulturellen Kennzeichen des Weiblichen assoziiert. Wie Catherine Kingfisher beobachtet, bezieht sich die Feminisierung der Armut auch auf Repräsentationen der Armen: „als eine Kategorie, als weiblich, als unter weiblichen Eigenschaften leidend wie Unordent-

lichkeit, Emotionalität, Irrationalität, Bedürftigkeit, Mangel, Begehrlichkeit und Leidenschaftlichkeit " (Kingfisher 2002, 25). In den USA haben diese Eigenschaften zudem ethnische Konnotationen.

'Autotomie' ist eine weitere damit verwandte Strategie neoliberaler Sozialstaatsreformen. Diese ist darum bemüht, soziale Probleme dem individuellen Körper oder der individuellen Psyche zuzuschreiben, um diese zur Ursache und nicht zum Effekt von Benachteiligungen zu machen. ‚Autotomie' meint wörtlich: einen Körperteil abstossen, besonders wenn der Organismus verletzt ist oder angegriffen wird. In unserem Zusammenhang liefert der Begriff eine Metapher für neoliberale Antworten auf die angeblich nicht länger zu befriedigenden Ansprüche auf soziale Versorgung. ‚Autotomie' beinhaltet die Identifizierung von SozialhilfeempfängerInnen als lästige Anhängsel des Gesellschafts-Körpers, als Abhängige und Parasiten, die vom Ganzen abgetrennt und zu selbstständigen Individuen reformiert werden müssen. Mit andern Worten, die sozial Ausgeschlossenen sind des Einschlusses nur würdig, können nur Teil des Ganzen werden, wenn sie sich auf den Arbeitsmarkt begeben. ‚Autotomie', wie ich sie im Folgenden diskutiere, geht einher mit Verantwortungszuweisungen, d.h. der Verlagerung von Verantwortung für Fehler des Systems in die private Sphäre.

‚Autotomie' definiert Armut neu als eine individuelle Lage, die verursacht ist durch persönliche Defizite, insbesondere was die Entwicklung von Fähigkeiten, den Sinn für Moral, die Sozialkompetenz und die Selbstdisziplin anbelangt. Armut wird deshalb als auf individueller Ebene „korrigierbar" erachtet, und zwar durch Disziplin, Zwang, Persönlichkeitsbildung und diverse Selbsthilfe-Technologien. Der Sozialstaat der Nachkriegszeit formulierte Sozialpolitiken, viele von ihnen universal in der Anwendung, um auf die strukturellen Bedürfnisse und möglichen Instabilitäten der Nachkriegs-Wirtschaft zu reagieren. Im Unterschied dazu geht die neoliberale Re-Form des Sozialstaats von der Annahme aus, dass Benachteiligungen beseitigt werden können, wenn die richtigen Leute (überwiegend Frauen) mit dem richtigen Rezept (Eingliederung in den Arbeitsmarkt) behandelt werden (Esping-Anderson 1999, 51). Der Bezug von Sozialhilfe wird deswegen an die Bedingung geknüpft, dass die Individuen sich selber re-formieren und sich „integrierbar" in bezug auf Lohnarbeit machen, wenn auch nur an den Rändern des flexibilisierten und prekären Arbeitsmarktes.

In zahlreichen neoliberalen Gesetzen wird diese Strategie zur sozialen Integration durch einen neuen Sozialvertrag zwischen Staat und verletzlichen Individuen durchgesetzt, wobei letztere wegen ihrer offensichtlichen Unfähigkeit zur Selbständigkeit als abweichend markiert werden. In Tennessee zum Beispiel haben SozialleistungsempfängerInnen erst dann Anspruch auf Sozialhilfe, wenn sie in einen „Plan zur persönlichen Verantwortung" einwilligen, während sie in Colorado einen „Vertrag zur individuelle Verantwortung" unterzeichnen müssen.[2]

Wenn auch in unterschiedlichem Mass, so finden sich doch die meisten Frauen heute eingezwängt zwischen den wachsenden Anforderungen, durch

Lohnarbeit zur Befriedigung der grundlegendsten Bedürfnisse aufzukommen, und einem zunehmenden Druck, der auf ihrer unbezahlten Hausarbeit lastet. Haus- und Pflegearbeit können zwar auf dem Markt erworben werden, sind aber für die meisten Familien unerschwinglich, insbesondere für jene, deren Mitglieder im feminisierten Bereich prekarisierter Teilzeitstellen arbeiten. Der Umstand, dass Pflegearbeit zur Ware geworden ist, hat auch ethnische und klassenspezifische Unterschiede zwischen Frauen verstärkt, denn nun können einige Frauen die häuslichen Dienste von anderen Frauen kaufen und ausbeuten – eine soziale Realität, die zunehmend globale Dimensionen annimmt.[3] Diese und andere Anomalien haben eine wachsende Zahl von KommentatorInnen zur Einschätzung geführt, dass die neoliberale Privatisierung auf die Dauer ein kaum haltbares Experiment der Regulierung des Sozialen darstellt: Die Kapazität von Individuen, Familien und informellen Netzwerken, die Befriedigung grundsätzlicher sozialer Bedürfnisse sicherzustellen, ist bereits jetzt ausgeschöpft.

Esping-Anderson folgert aus seiner Analyse der Geschichte des Sozialstaats, dass es, je mehr Risiken generalisiert werden, desto unwahrscheinlicher wird, dass Familien und der Markt sie zu absorbieren vermögen. In der Vergangenheit pflegte man individuelle Überforderung und individuelles Versagen als soziale Probleme wahrzunehmen, die als politischer Interventionen zugänglich erachtet wurden, und zwar aus drei Gründen: Erstens wurde sozialer Schutz als Vorbedingung für wirtschaftliche Effizienz betrachtet; zweitens erachtete die Gesellschaft bestimmte Risiken der öffentlichen Aufmerksamkeit für würdig; und drittens wurde ein immer grösserer Anteil an Risiken als jenseits der Kontrolle der einzelnen Individuen liegend eingeschätzt (Esping-Anderson 1999, 37). Die Art, in der Gesellschaften und Regierungen auf soziale Probleme reagieren, ist äusserst vielfältig, zuweilen unzureichend und gelegentlich kontraproduktiv. Die gegenwärtigen Politiken, die versuchen, den männlichen Familienvorsteher wieder einzusetzen, sind ein Beispiel für letzteres.[4]

Die Sozialstaats-Reformen in den USA enthalten tatsächlich zwei geschlechtsspezifische und widersprüchliche Tendenzen – Programme, um Frauen, vor allem Mütter, als selbständige Lohnarbeiterinnen zu re-formieren und Initiativen, Frauen wieder in die re-formierte, von einem Mann geleitete Kernfamilie einzugliedern. Dieser beinahe missionarische Kreuzzug, Heirat wieder zur bevorzugten Wahl für Frauen zu machen und die patriarchalische Familie wiederherzustellen, hat empirische und kulturelle Grundlagen. Die beiden am häufigsten angeführten Gründe für Sozialhilfe in den USA sind Scheidung und uneheliche Geburt. Deshalb bedeutet für einige die Heirat eine schnelle Antwort auf die Krise des Sozialstaats. Andere benennen das Scheitern der Ehe als Grund sowohl für die Armut unter Frauen und Kindern wie für den generellen Verlust sozialen Vertrauens und sozialen Zusammenhalts (Fukuyama 2000, 116). Diese kulturelle Grundlage passt gut zum neoliberalen Projekt, Verantwortung für die soziale Reproduktion in die private Sphäre zu verlagern. Deshalb kann es nicht überraschen, dass PRWORA Heirat als „Basis einer erfolgreichen

Gesellschaft" identifiziert und den Bundesstaaten beträchtliche Mittel zur Verfügung stellt, unter den Empfängerinnen von Sozialleistungen die Heirat zu propagieren sowie ausseereheliche Geburten zu reduzieren.[5]

Andere Initiativen, die dazu dienen sollen, Mütter, die Sozialhilfe empfangen, wieder in die traditionellen Familien- und Geschlechterverhältnisse zurückzuführen, schliessen die obligatorische Identifikation von Vaterschaften, die Eintreibung von Kinderunterstützung bei den biologischen Vätern sowie die Forderung ein, dass unverheiratete Teenager-Mütter mit ihren Eltern oder andern Erwachsenen leben. Keine dieser Initiativen hat sich allerdings als besonders erfolgreich erwiesen. Bis jetzt lässt sich kein signifikanter Anstieg von Heiraten verzeichnen, und ein Drittel aller US-amerikanischer Kinder, sowie 68 Prozent aller afro-amerikanischer Kinder, werden unehelich geboren. Mehr noch, Teenager-Schwangerschaften nehmen in allen Bundesstaaten zu (Tanner 2002, 35f.). Die Re-Form der patriarchalischen Familie erscheint weniger als Lösung zur Bekämpfung der Armut denn als Symptom der sich verschärfenden Krise der sozialen Reproduktion in neoliberalen Sozialstaats-Regimen.

Die gegenwärtigen Reformen des Sozialstaats, die versuchen, das demokratische Projekt der Regulierung des Sozialen abzuschaffen, indem sie kollektive Probleme und Verantwortlichkeiten als persönliches Versagen umdefinieren, haben alte soziale Probleme verstärkt und neue geschaffen. Offensichtlich sind die Herausforderungen und Paradoxien der Regulierung des Sozialen gegenwärtig andere als die des letzten Jahrhunderts. Ebenso offensichtlich muss ein gegenwärtiges Reformprojekt von neuen öffentlichen Werten und kollektivem Engagement geprägt und erfüllt sein. Die Privatisierung des Sozialen, sei es zugunsten des Marktes oder der Familie, ist heutzutage ebensowenig aufrechtzuerhalten, wie sie es während des ursprünglichen Laissez-faire-Liberalismus war. Es lohnt sich, Karl Polanyis vernichtendes Urteil über jenes frühere Experiment marktbesessenen Regierens zu zitieren: „Aber keine Gesellschaft könnte die Auswirkungen eines derartigen Systems grober Fiktionen auch nur kurze Zeit ertragen, wenn ihre menschliche und natürliche Substanz sowie ihre Wirtschaftsstruktur gegen das Wüten dieses teuflischen Mechanismus [der Teufelsmühlen von Markt und Industrialisierung] nicht geschützt würden." (Polanyi 1978, 109)

Aus dem Amerikanischen von Stefan Howald und Tove Soiland

Anmerkungen

1 Die Autorin spricht von „*autotomization*", ein Begriff, der in der Biologie die Abstossung eines Körperteils in Notsituationen meint, beispielsweise bei Eidechsen die Abwerfung des Schwanzes. Anmerkung der ÜbersetzerInnen.

2 In Australien ist das Sozialhilfemodell in ähnlicher Weise mithilfe individueller Leistungsverträge umgebildet worden. Dieses Programm beurteilt individuelle Biografien anhand eines Standards psychologischer und sozialer Charakteristiken, von denen

angenommen wird, dass sie die Teilnahme am Arbeitsmarkt behindern. Sozialhilfe wird dann von der Zustimmung der Einzelnen abhängig gemacht, sich weiterzubilden oder sich in psychologische Beratung zu begeben. Anders als in den USA sind in Australien Mütter mit schulpflichtigen Kindern von diesen Anforderungen ausgenommen.

3 Der Handel mit Hausarbeiterinnen (ganz zu schweigen von Sexarbeiterinnen) stellt einen bedeutsamen Export vom Süden in den Norden dar, während Geldüberweisungen dieser Arbeiterinnen zu einem integralen Teil mancher lokalen Wirtschaft im Süden geworden sind, vgl. Young 2001.

4 Tatsächlich stimmen laut Umfragen aus dem Jahr 2000 49 Prozent der US-AmerikanerInnen (und 79 Prozent in den Südstaaten) mit der entschieden patriarchalischen Vorstellung überein, dass der „Familienvater Herr im eigenen Haus sein muss" (Adams 2003, 50f.).

5 Einige Bundesstaaten bieten finanzielle Anreize für Heiraten, während die meisten Propagandamaterial, sehr oft von privaten religiösen Organisationen verfasst, über die Vorteile einer Heirat resp. den „richtigen Mann" zu finden, abgeben. 2004 verlangte Präsident George W. Bush vom Kongress, das ursprüngliche Budget zur Promotion der Heirat via PRWORA von 300 Millionen auf 1,5 Milliarden US-Dollar zu erhöhen.

Literatur

Adams, Michael, 2003: Fire and Ice: The United States, Canada and the Myth of Converging Values. Toronto

Bakker, Isabella, Gill, Stephen, eds., 2003: Power, Production and Social Reproduction. London

Bakker, Isabella, 2003: Neo-liberal Governance and the Reprivatization of Social Reproduction: Social Provisioning and Shifting Gender Orders. In: Bakker and Gill eds. 2003

Brodie, Janine, 1995: Politics on the Margins: Restructuring and the Canadian Women's Movement. Halifax

Brodie, Janine, 1997: Meso-Discourses, State Forms, and the Gendering of Liberal-Democratic Citizenship. Citizenship Studies, 1 (2)

Brodie, Janine, 2002: The Great Undoing: State Formation, Gender Politics and Social Policy in Canada. In Kingfisher, Catherine. Western Welfare in Decline: Globalization and Women's Poverty. Philadelphia

Brodie, Janine, 2003: Globalization, In/Security, and the Paradoxes of the Social. In Bakker and Gill, eds. 2003

Canadian Press, 2004: Women Comprise the Majority of the Working Poor. Globe and Mail, March 7

Clarke, John, 2004: Dissolving the Public Realm? The Logic and Limits of Neo-Liberalism. International Journal of Social Policy, 33 (1)

Connell, Ruth, 1987: Gender and Power: Society, the Person and Sexual Politics. Cambridge

Esping-Anderson, Gosta, 1999: Social Foundations of Postindustrial Economies. London

Esping-Anderson, Gosta, 2000: A Welfare State for the 21st Century: Ageing Societies, Knowledge-based Economies, and the Sustainability of European Welfare States. Report to the Portuguese Presidency of the European Union, Lisbon, March

Esping-Anderson, Gosta (with Gallie, Duncan, Hemerijck, Anton and Myles, John), 2003: Why We Need a New Welfare State. London: Oxford University Press

Folbre, Nancy. 2001: The Invisible Heart: Economics and Family Values. New York

Fukuyama, Francis, 2000: The Great Disruption: Human Nature and the Reconstitution of the Social Order. New York

Goldberg, Gertrude, 2002: More than Reluctant: The United States of America. In Goldberg, Gertrude and Rosenthal, Marguerite, eds., Diminishing Welfare: A Cross-National Study of Social Provision. London: Auburn House, 33-73

Haraway, Donna, 1991: Simians, Cyborgs, and Women: The Reinvention of Nature. New York

Harder, Lois, 2003: Tax Expenditures: The Social Policy of Globalization. In: Cohen, Marjorie and Dobuzinskis, eds: Global Turbulence. The Political Economy of Social Forces and Ideas in Transition. London

Hay, Colin, 1998: Globalization, Welfare Retrenchment and the Logic of No Alternative. Why Second-best Won't Do. Journal of Social Policy, 24:(4)

Jenson, Jane, 2003: Redesigning the 'Welfare Mix' for Families: Policy Challenges. Canadian Policy Research Networks. Discusssion Paper F130

Kingfisher, Catherine, 2002: Neoliberalism I: Discourses of Personhood and Welfare Reform. In: Kingfisher, Catherine: Western Welfare in Decline: Globalization and Women's Poverty. Philadelphia

Lewis, Jane, 1992: Gender and Welfare Regimes. Journal of European Social Policy, 2 (3)

Orloff, Shola Anne, 2001: Farewell to Maternalism: Welfare Reform, Ending Entitlement for Poor Single Mothers, and Expanding the Claims of Poor Employed Parents. Paper presented at the Annual Meeting of APSA, San Francisco, August

Orloff, Shola Anne, 2003: Social Provision and Regulation: Theories of States, Social Policies, and Modernity. Paper presented at the Annual Meeting of Research Committee 19 on Poverty, Social Welfare and Social Policy, International Sociological Association. University of Toronto, August

Polanyi, Karl, 1978: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Aus dem Amerikanischen von Heinrich Jelinek. Frankfurt/M.

Rose, Nicholas, 1999: Powers of Freedom: Reframing Political Thought. Cambridge

Tanner, Michael, 2002. The Poverty of Welfare: Helping Others in Civil Society. Washington DC

Young, Brigitte, 2001: The Mistress and the Maid. In: Panitch, Leo and Leys, Colin, eds.: Working Classes: Global Realities Socialist Register. London: Merlin Press

Young, Brigitte. 2003: Financial Crises and Social Reproduction: Asia, Argentina and Brazil. In Bakker and Gill eds.

Die neuen Freiwilligen
Das Ehrenamt – Eine Antwort auf die Krise?
ISBN 3-930830-09-4 – 2. akt. Auflage
80 Seiten, 6,50 Euro

Familien
Lebensformen zwischen
Tradition und Utopie
ISBN 3-930830-34-5
120 Seiten, 8 Euro

Gisela Notz
bei AG SPAK Bücher

www.leibi.de/spak-buecher